

K-6 Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 10.12.2020
Tagesordnungspunkt: K-6 Kapitel 6

3693 **6. Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt**

3694 Wir haben die vergangenen Jahre genutzt, das „Jahrzehnt der Investitionen“ ausgerufen und
3695 kräftig in die Zukunft der Stadt investiert. Wir haben U- und S-Bahn-Wagen in Milliardenhöhe
3696 bestellt, haben Milliarden für Schulbau und -sanierung ausgegeben, Tausende neue Stellen in
3697 der öffentlichen Verwaltung geschaffen und Gehälter auf den Durchschnitt der anderen
3698 Bundesländer angehoben, massiv in den Wohnungsbau investiert, genau wie in Energieeffizienz
3699 und die Digitalisierung der Verwaltung. Ein Paradigmenwechsel im Vergleich zu der Zeit von
3700 vor der Grünen Regierungsverantwortung.

3701 **Berlin war heruntergewirtschaftet**

3702 2016 war die Stadt gezeichnet von vielen Jahren, in denen ein rot-roter Senat die Devise
3703 ausgegeben hatte: „Sparen, bis es quietscht!“ Gerade die Bezirke waren kaum noch
3704 handlungsfähig, so massiv waren die Finanzkürzungen und der Personalabbau. Die Berliner
3705 Wasserbetriebe waren verkauft, genau wie die vormals landeseigene Wohnungsbaugesellschaft
3706 „Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft“ (GSW), die als börsennotierte
3707 Gesellschaft mittlerweile der „Deutsche Wohnen“ gehört. Berlin hing bei der Bezahlung der
3708 Beamt*innen weit hinter der Bezahlung in anderen Bundesländern zurück, eine gesamtstädtische
3709 Steuerung gab es nicht, der Begriff Digitalisierung war für große Teile der Politik ein
3710 Fremdwort und eine Senatsstrategie gegen die Klimakrise noch nicht mal am Horizont
3711 erkennbar.

3712 **Die Berliner Verwaltung hat Handlungsfähigkeit zurückgewonnen**

3713 Seitdem ist viel passiert: Wir haben den Bezirken Handlungsfähigkeit zurückgegeben. Seit
3714 2016 haben wir die Bezirksverwaltungen um über 4.000 auf etwa 24.300 Stellen aufgestockt.
3715 Ein Plus von 20 Prozent in einer Legislaturperiode. Die Bezirkshaushalte konnten wir sogar
3716 um 25 Prozent auf heute rund 7,6 Milliarden Euro steigern. Um Handlungsfähigkeit vor Ort zu
3717 schaffen, haben wir seit 2016 einstmalige Sonderprogramme verstetigt und wieder in die
3718 Verantwortung der Bezirke und ihrer „Globalsumme“ zurückgegeben. Der „Zukunftspakt
3719 Verwaltung“ wurde im Mai 2019 unterzeichnet: Damit haben sich der Regierende Bürgermeister,
3720 alle zwölf Bezirksbürgermeister*innen und alle Senator*innen auf ein konkretes gemeinsames
3721 Vorgehen verständigt, um Berlins Verwaltung effektiver und effizienter zu machen. Jetzt
3722 müssen wir den nächsten Schritt gehen und die Modernisierung der Strukturen auf Landes- und
3723 Bezirksebene weiter beschleunigen.

3724 **Das Berliner Vermögen halten und ausbauen**

3725 Gemeinwohl braucht öffentliche Ressourcen und eine soziale Bodenpolitik. Wir wollen das
3726 Vermögen des Landes Berlin sichern und ausbauen. Mit der Privatisierung öffentlichen
3727 Eigentums haben wir Schluss gemacht. In der kommenden Legislaturperiode werben wir weiter
3728 bei anderen Parteien für eine echte Privatisierungsbremse in der Berliner Verfassung. Um den
3729 Aufbau von Berlins Vermögen voranzutreiben, werden wir die neu gegründete „Berliner
3730 Bodenfonds GmbH“ ausbauen und die strategischen Ankäufe von Liegenschaften forcieren. Dabei
3731 wollen wir mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen
3732 kooperieren.

3733 **Finanzpolitik, Verwaltung und Bezirke auf Klimaneutralität ausrichten**

3734 Gemeinwohl geht einher mit dem Ziel, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verstehen
3735 die Finanz- und Haushaltspolitik in Land und Bezirken als zentralen Hebel dafür. Mit einem
3736 Berliner Klima-Budget werden wir den Ausstoß von CO₂ reduzieren und die Reduzierung von
3737 Treibhausgasen auch noch stärker in die Logik der Bezirksfinanzierung einfließen lassen. Der
3738 Berliner Klimaschutzrat soll die Einhaltung der Budgets und die Umsetzung überwachen.

3739 **Berlin neu ordnen und die personelle Erneuerung schaffen**

3740 Um Gemeinwohl und Klimaneutralität zu erreichen, brauchen wir eine leistungsstarke
3741 Verwaltung: modern und effizient, digital und klimaneutral. Berlin kann nur dann
3742 funktionieren, wenn dabei alle Ebenen und die Ressorts eng zusammenarbeiten. Darum werden
3743 wir die sogenannte „gesamstädtische Steuerung“ und Zuständigkeiten neu ordnen. Zu allen
3744 relevanten Themen und Aufgaben wollen wir ressort- und ebenenübergreifende
3745 Zielvereinbarungen schließen. Reibungsverluste und Verantwortungswirrwarr zwischen
3746 Hauptverwaltung und Bezirken wollen wir so konsequent beseitigen. In den kommenden Jahren
3747 wird ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Wir wollen diesen
3748 demographischen Wandel als Chance für die Verwaltungsmodernisierung wahrnehmen. Dafür werden
3749 wir die Arbeitsbedingungen verbessern, neue kluge Köpfe werben und die Berliner Verwaltung
3750 so divers aufstellen, wie es die Bevölkerung dieser Stadt längst ist.

3751 **Lokale Demokratie in den Bezirken stärken**

3752 In den Bezirken legen wir einen Schwerpunkt darauf, die lokale Demokratie weiter zu stärken.
3753 Die Bezirksämter wollen wir künftig nicht mehr nach Parteienproporz besetzen, sondern eine
3754 echte Bezirksregierung schaffen, mit klaren Verantwortlichkeiten für das Regieren auf der
3755 einen Seite und klarer Oppositionsrolle auf der anderen. Nur mit einem solchen „politischen
3756 Bezirksamt“ wird für die Bürger*innen ersichtlich, wer für welche Politik geradesteht. Damit
3757 geht einher, dass wir die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) stärken wollen, zum Beispiel
3758 dadurch, dass künftig noch mehr ihrer Beschlüsse tatsächlich eine bindende Wirkung haben.

3759 Die Zeiten von „Sparen, bis es quietscht!“ müssen endgültig vorbei sein. Die Corona-Krise
3760 stellt uns vor große finanzielle Herausforderungen, aber Kürzungen der öffentlichen Ausgaben
3761 und Investitionen würde sie letztlich nur schlimmer machen – das hat uns die Vergangenheit
3762 gelehrt. Zumal auch unterlassene Investitionen in die Unterhaltung und Modernisierung der
3763 städtischen Infrastruktur versteckte Schulden sind. Wir werden weiter in die Stadt
3764 investieren: für ein Berlin mit einer guten Grundversorgung für alle, das dem 1,5-Grad-Pfad
3765 folgt, für effiziente Verwaltungen in Land und Bezirken und für eine demokratische, gerechte
3766 und vielfältige Hauptstadt.

3767 **6.1 Grüne Finanzpolitik – Daseinsvorsorge sichern, 3768 Berlin klimaneutral und gerechter machen**

3769 Berlin ist auf einem guten Weg. Nach Jahren des Kaputtsparens haben wir 2016 einen neuen
3770 Kurs eingeschlagen. Wir haben massiv investiert in die Zukunft der Stadt, in Schulen, U- und
3771 S-Bahnen, Fahrradwege, Krankenhäuser, mehr Personal und Digitalisierung. Die Corona-Krise
3772 hat die Vorzeichen neu gesetzt. Zum ersten Mal seit Jahren mussten wir neue Kredite
3773 aufnehmen. Wir haben dies getan, um die wirtschaftliche Aufholjagd der Stadt in den letzten
3774 Jahren und ihre weitere Entwicklung abzusichern – viele Unternehmer*innen wurden mit
3775 Soforthilfeprogrammen vor dem Ruin gerettet, mit Konjunkturmaßnahmen ermöglichen wir der
3776 Wirtschaft einen guten Start aus der Krise. Die Kosten der Krise mit überzogener Sparpolitik
3777 begleichen zu wollen, wäre die falsche Antwort, da sie die Krise nur noch teurer macht. Wir
3778 bleiben auf Kurs. Wir bekennen uns weiterhin zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik und dem
3779 Schuldenabbau, ebenso wichtig sind aber Investitionen in die Zukunft. Dazu gehört, eine gute

3780 Daseinsvorsorge zu sichern, in die funktionierende Stadt zu investieren, Berlin klimaneutral
3781 zu machen und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

3782 **Daseinsvorsorge ist staatliche Aufgabe**

3783 Es war ein Fehler, in den Jahren vor 2016 unter SPD, CDU und Linkspartei Vermögen im Wert
3784 von ca. 16,5 Milliarden Euro zu verscherbeln. Dieser Privatisierung öffentlichen Eigentums
3785 haben wir in der Landeshaltsordnung einen Riegel vorgeschoben. Ein wichtiger Schritt,
3786 aber nicht genug. Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines
3787 Bodensicherungsgesetzes und durch eine Änderung in der Berliner Verfassung. Dafür werben wir
3788 um Mehrheiten über die Parteigrenzen hinweg. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in
3789 seinem Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und
3790 in außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses.

3791 Eine endgültige Abkehr von der Privatisierungspolitik früherer Zeiten ist uns aber nicht
3792 genug. Wir wollen das städtische Vermögen weiter aufbauen. Weil Grundversorgung in
3793 öffentlicher Hand die beste Versorgung für alle garantiert, wollen wir kritische
3794 Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Der vollständige
3795 Rückkauf des Berliner Stromnetzes beendet nicht nur einen jahrelangen Rechtsstreit, sondern
3796 ermöglicht endlich gezielte Investitionen in die Infrastruktur der Energiewende der Stadt.
3797 Den Einfluss des Landes Berlin werden wir auf alle Energienetze ausweiten. Zur langfristigen
3798 Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes streben wir an, dass in 30 Jahren 50 Prozent
3799 aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, und vergeben öffentliche
3800 Grundstücke nur noch als Erbbaurechte. Bei Vergabeverfahren setzen wir auf das beste
3801 Konzept, nicht den höchsten Preis. Public Private Partnerships stehen wir kritisch
3802 gegenüber, da durch sie häufig höhere Kosten für die öffentliche Hand entstehen und Gewinne
3803 meist an die Privaten gehen. Sinnvolle Ausnahmen wie das Energie-Contracting in der Berliner
3804 Energie-Agentur, zum Beispiel die Zusammenarbeit von Energieanbietern und Rathäusern zur
3805 Energieeinsparung, können im Einzelnen geprüft und gefördert werden.

3806 **Finanzpolitik – zentraler Hebel im Kampf gegen die Klimakrise**

3807 Wir wollen offenlegen, welche Sektoren und Ausgaben wie viel klimaschädliche CO₂-Emissionen
3808 verantworten und einsparen müssen und damit Klimaschutz zu einer Maxime auch haushalts- und
3809 finanzpolitischer Entscheidungen machen. Dafür führen wir ein „Klima-Budget“ für die
3810 Haushalte in Land und Bezirken ein. Wenn einzelne Bereiche hinter den Pariser Klimazielen
3811 und dem davon abgeleiteten Berliner Einsparpfad zurückbleiben, muss zugunsten weiterer
3812 Klimaschutzmaßnahmen im Haushalt umgesteuert werden. Die Versorgungsrücklagen und andere
3813 Sondervermögen des Landes legen wir nach ethischen und ökologisch-nachhaltigen Kriterien an
3814 – Gleiches gilt für Finanzanlagen, an denen das Land Berlin oder seine Gesellschaften
3815 Anteile halten. Dieses sogenannte „Sustainable Finance“ soll ausgeweitet werden und
3816 systematisch Anwendung finden, bis sämtliche dieser Vermögen klimaneutral angelegt sind. Mit
3817 einer jährlichen Berichtspflicht gegenüber dem Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit zur
3818 Klima- und CO₂-Bilanz der öffentlichen Finanzanlagen schaffen wir Transparenz und stärken
3819 die Nachfrage nach ökologischen Finanzmarktprodukten. Dafür werden wir auch mit der Ausgabe
3820 von Green Bonds zur Finanzierung bestimmter öffentlicher Investitionsvorhaben, etwa im
3821 Umwelt- und Verkehrsbereich, beginnen.

3822 **Finanzpolitik ist Gerechtigkeitspolitik**

3823 Gerechtigkeit ist für uns ein wichtiges Ziel, an dem sich auch die Einnahmen des Staates wie
3824 seine Ausgaben messen lassen müssen. Im Bereich der sogenannten Ländersteuern und durch
3825 eigene Abgaben können die Bundesländer einen Beitrag zur Umverteilung von Reichtum und zu
3826 mehr Chancengerechtigkeit leisten. Wir wollen die Weiterentwicklung der Grundsteuer zu einer
3827 Bodenwertsteuer prüfen und dazu eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben. Unser Ziel bleibt,

3828 Spekulation mit Boden einzudämmen, den öffentlichen Anteil am Grundbesitz deutlich zu
 3829 steigern und die Liegenschaftspolitik an Gemeinwohlkriterien zu orientieren. Dazu braucht es
 3830 eine strategische Ankaufspolitik. Dafür wollen wir den neu gegründeten landeseigenen
 3831 „Berliner Bondenfonds“ ausbauen und dabei mit zivilgesellschaftlichen Initiativen,
 3832 Genossenschaften und Stiftungen kooperieren.

3833 Die zweite Gerechtigkeitsfrage ist, wie Mittel ausgegeben werden. Seit Jahren arbeiten wir
 3834 in Berlin daran, Mittel geschlechtergerecht einzusetzen. Die Daten liegen mittlerweile
 3835 ausreichend vor, in der nächsten Legislaturperiode wollen wir konkrete Zielmarken
 3836 formulieren und verbindlich umsetzen, zum Beispiel um Lohnungleichheiten zwischen
 3837 Berufsgruppen auszugleichen, die eher von Männern bzw. Frauen ausgeübt werden. Wir setzen
 3838 uns ferner dafür ein, dass sich die gesellschaftliche Vielfalt in Berlin auch in der
 3839 öffentlichen Förderung widerspiegelt. Um Bürger*innen mehr direkte Mitsprache über die
 3840 Verteilung von öffentlichen Mitteln zu geben, setzen wir uns weiterhin für ein Pilotprojekt
 3841 Bürger*innenhaushalt auch auf Landesebene ein.

3842 Wir arbeiten in Berlin für mehr Verteilungsgerechtigkeit – und genauso von Berlin aus auf
 3843 Bundesebene. Das Steuerschlupfloch „Share-Deals“, mit dem Investor*innen beim Immobilienkauf
 3844 die Grunderwerbsteuer umgehen, wollen wir auf Bundesebene schließen. Außerdem werden wir zur
 3845 Finanzierung nötiger Investitionen Initiativen im Bundesrat ergreifen – zur Wiedereinführung
 3846 einer Vermögensteuer und um die Schuldenbremse auch für die Länder flexibler zu gestalten.

3847 **6.2 Verwaltung fit machen – modern und effizient,** 3848 **digital und vielfältig**

3849 Eine gute Verwaltung ist Voraussetzung für eine funktionierende Stadt – dafür, dass Anliegen
 3850 und Anträge von Bürger*innen oder Unternehmen schnell bearbeitet werden, Beteiligung
 3851 selbstverständlich wird sowie Fahrradwege und Schulen zügig gebaut werden. Zuletzt hat die
 3852 Corona-Pandemie einmal mehr gezeigt, wie elementar es für uns alle ist, eine gut
 3853 ausgestattete, effiziente Verwaltung zu haben. Wir wollen eine Verwaltung, die besten
 3854 Service garantieren kann und in der bei jeder Aufgabe stets alle Abläufe schnell und
 3855 reibungslos ineinandergreifen. All das funktioniert nur mit klaren Strukturen, der richtigen
 3856 Technik, qualifizierten Leuten und einer zentralen Steuerung im Sinne gemeinsamer Standards.
 3857 Wir wollen Berlins Verwaltung vollständig digitalisieren und die Mitarbeiterschaft so divers
 3858 aufstellen, wie unsere Stadt auch tatsächlich ist. Vielfalt und gute Arbeitsbedingungen sind
 3859 die Basis für Kreativität und Motivation. Berlin soll auf den 1,5-Grad-Pfad kommen, die
 3860 Berliner Verwaltung muss auch hier zum Vorbild werden.

3861 **Gesamtstädtische Steuerung – die Beziehungen von Land und Bezirken neu ordnen**

3862 Berlin kann nur funktionieren, wenn die Ebenen der Verwaltung und die Ressorts eng
 3863 zusammenarbeiten und gemeinsame Ziele verfolgen. Eine Verbesserung dieser „gesamtstädtischen
 3864 Steuerung“ ist Herzstück des „Zukunftspakts Verwaltung“, den wir 2019 geschlossen haben, und
 3865 zugleich Maßgabe für unsere Arbeit in der kommenden Legislaturperiode. Wir wollen zu allen
 3866 relevanten Themen und Aufgaben ressort- und ebenenübergreifende Zielvereinbarungen treffen.
 3867 Die Bezirke wollen wir auch zukünftig personell und finanziell stärken, um vor Ort
 3868 zusätzliche Handlungsspielräume zu eröffnen.

3869 Gleichzeitig sind wir der Überzeugung, dass es eigentlich einer grundsätzlichen Neuordnung
 3870 der Beziehungen zwischen Land und Bezirken bedarf. Um das zu erreichen, wollen wir einen
 3871 Vorstoß wagen, bei dem Land und Bezirke ihre Zuständigkeiten und Kompetenzen neu ordnen.
 3872 Dies ist in manchen Punkten nur durch eine Verfassungsänderung und mit Zweidrittelmehrheit
 3873 im Abgeordnetenhaus möglich.

3874 **Die Berliner Verwaltung und die Steuerung der Stadt digitalisieren**

3875 Die Zukunft der Berliner Verwaltung ist digital. Wir wollen das vorhandene Berliner Service-
3876 und Dienstleistungsportal zu einem digitalen Bürger*innenamt weiterentwickeln, das so viele
3877 Verwaltungsdienstleistungen wie möglich automatisiert und mobil vorhält. Das ist komfortabel
3878 für die Nutzer*innen und hilft zugleich der Verwaltung, Ressourcen einzusparen. So können
3879 sich deren Mitarbeiter*innen besser um persönliche Belange und Einzelfälle kümmern.

3880 Aber auch die täglichen Abläufe und das Datenmanagement in unserer Smart City wollen wir
3881 digitalisieren: Die intelligente Steuerung von Verkehrsströmen verhindert Stau und sorgt
3882 dafür, dass Busse oder Leihräder immer genau da sind, wo sie gebraucht werden. Intelligentes
3883 Müllmanagement sorgt für saubere Kieze, die Versorgung mit Kitaplätzen vor Ort wird
3884 automatisch mit den Geburten- und Meldedaten in den Stadtteilen abgeglichen.

3885 Um auf diesem Weg voranzukommen, wollen wir die Zuständigkeiten für Digitalisierung, die
3886 derzeit in der Senatskanzlei, in der Innen- und der Wirtschaftsverwaltung liegen, besser
3887 strukturieren und zusammenführen. Wir brauchen eine zentrale Steuerungsstruktur mit Mandat,
3888 Ressourcen und Budgets. Wir haben dafür gesorgt, dass heute im Service-Portal Berlins über
3889 100 Dienstleistungen online erledigt werden können – von der Beantragung von Kita-
3890 Gutscheinen bis zur Gewerbeanmeldung. Bis 2026 wollen wir alle öffentlichen Gebäude ans
3891 Glasfasernetz angeschlossen haben und wir werden dafür prüfen, inwieweit ein landeseigenes
3892 Unternehmen den Ausbau des Glasfasernetzes schneller meistert. Auf Landesebene wollen wir
3893 die Verantwortung für die Digitalisierung in einer zentralen Steuerungsstruktur
3894 zusammenfassen, anstatt es weiterhin über mehrere Senatsverwaltungen zu verteilen. Damit das
3895 Zusammenspiel dieser neuen zentralen Einheit mit den Bezirken gut funktioniert, werden wir
3896 auch in jedem Bezirksamt eine*n zentrale*n Digitalisierungsbeauftragte*n einführen und die
3897 nötigen Mittel für eine moderne IKT-Ausstattung bereitstellen.

3898 Sicherheit und Effizienz sind für uns die Leitprinzipien der Digitalisierung der
3899 öffentlichen Dienstleistungen. Ohne Datenschutz und IT-Sicherheit haben Bürger*innen und die
3900 Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare Verantwortlichkeiten, „privacy by
3901 design“, schnell reagierende Beschwerdestellen und ein*e gut ausgestattete IT-
3902 Sicherheitsbeauftragte*r sind für uns integraler Bestandteil aller Vorhaben. Gleiches gilt
3903 für die Effizienz: Mit zentralem Management der Hardware- und Softwarestrukturen und
3904 Beauftragten der Bezirke sowie der Fachbereiche – wie zum Beispiel Schulen – schaffen wir
3905 den richtigen Mix aus solider Struktur, einheitlichem Sicherheitsniveau und flexiblem
3906 Eingehen auf besondere Bedürfnisse.

3907 Digitalisierung bedeutet neue Anforderungen, sowohl für Verwaltungsmitarbeiter*innen als
3908 auch die Politik. Mobiles Arbeiten, digitale Kompetenz und eine neue Fehlerkultur sollen
3909 Bestandteil von Weiterbildungen der Verwaltungsmitarbeiter*innen werden.

3910 **Personelle Erneuerung organisieren – die Verwaltung wird vielfältig**

3911 Verwaltung funktioniert nur mit motivierten Mitarbeiter*innen. In den kommenden Jahren wird
3912 ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden, für die anderen stehen
3913 große Umbrüche an. Um neue kompetente Mitarbeiter*innen zu gewinnen, setzen wir auf gute
3914 Arbeitsbedingungen, eine gute Bezahlung und gute Entwicklungsmöglichkeiten. Es ist uns
3915 gelungen, dass Beamt*innen mit dem Ende der Legislaturperiode endlich den Durchschnitt der
3916 Besoldung anderer Bundesländer erreichen. Künftig wollen wir mobiles Arbeiten zur Standard-
3917 Option machen und durch Erleichterungen für Quereinsteiger*innen, Austauschprogramme auch
3918 mit europäischen Partnerstädten, Qualifizierungsangeboten oder Möglichkeiten, die Laufbahn
3919 zu wechseln, attraktive Perspektiven schaffen.

3920 **Enquete-Kommission gegen Diskriminierung in der Verwaltung und in den (Sicherheits-)** 3921 **Behörden**

3922 Für die Dauer der kommenden Legislaturperiode wollen wir eine parlamentarische Enquete-
3923 Kommission einrichten. Ziel ist, diskriminierende Strukturen in der Berliner Verwaltung und
3924 den (Sicherheits-)Behörden proaktiv und systematisch zu erfassen, diese abzubauen und die
3925 Verwaltung offener und diverser zu machen. Sachverständige aus der Zivilgesellschaft können
3926 dort ihre diskriminierungskritische Expertise einbringen und die vielfältigen Perspektiven
3927 potentiell Betroffener sicherstellen.

3928 Auch künftig gilt für uns „50 Prozent der Macht den Frauen“ – und das auch auf den höheren
3929 Führungsebenen der Verwaltung. Um die Verwaltung für Schwarze Menschen, People of Color,
3930 queere Menschen, Menschen mit Behinderung oder Menschen aus bildungsferneren Milieus
3931 attraktiver zu machen, setzen wir bei Einstellungsverfahren bewusst auf Diversität. Alle
3932 Führungskräfte der Verwaltung sollen Fortbildungen zum Thema Diversität bekommen.

3933 **6.3 Handlungsfähige Bezirke schaffen – vor Ort** 3934 **entscheidet sich unser Zusammenleben**

3935 Wir sind zuhause in den Kiezen und Stadtteilen. Hier entscheidet sich, wie wir gemeinsam
3936 Berlin gestalten. Möglich ist das nur, wenn die Bezirke handlungsfähig sind. Als wir 2016
3937 Regierungsverantwortung übernommen haben, war dies kaum noch gegeben. Das Spardiktat des
3938 vorangegangenen Jahrzehnts hatte die Bezirke ausbluten lassen. Wir haben seitdem die
3939 Personalstellen in den Bezirken um 20 Prozent angehoben, die finanziellen Mittel sogar um 25
3940 Prozent. Und wir haben Entscheidungsfreiheit an die Bezirke zurückgegeben. Um diesen Weg
3941 fortzusetzen, wollen wir an die Strukturen ran und dabei gute Bürger*innendienstleistungen
3942 in den Mittelpunkt stellen. Vor Ort muss sich beweisen, dass die Stadt funktioniert sowie
3943 mehr Demokratie und Beteiligung möglich sind.

3944 **Beste Qualität statt billigster Preis – Finanzierung der Bezirke neu aufstellen**

3945 Das Prinzip der Finanzierung der Bezirke ist derzeit bei knappen Mitteln Wettbewerb um den
3946 billigsten Preis. Wenn die Aufgabe in einem anderen Bezirk billiger erfüllt wird, müssen
3947 alle nachziehen, was zu einer fatalen Abwärtsspirale führt. Diese Logik wollen wir
3948 durchbrechen, indem wir die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) neu aufstellen. Wir wollen
3949 neben Kostendaten auch Leistungs- und Qualitätsdaten erfassen. Der Preis darf nicht
3950 alleiniges Merkmal guter Politik sein. Konkret wird das zum Beispiel beim Klimaschutz. Wir
3951 wollen einen Anreiz für klimafreundliches und ressourcensparendes Haushalten in die Logik
3952 der Bezirksfinanzierung integrieren. Auch das Gender-Budgeting, also die Prüfung, ob die
3953 Mittel Frauen gleichermaßen zugutekommen, wollen wir stärker verankern.

3954 Die derzeitige Logik des Wettbewerbs führt dazu, dass Innovationen nicht geteilt werden, da
3955 mehr Effizienz in anderen Bezirken neue Sparzwänge erzeugt. Wir wollen gemeinsames Ringen um
3956 den besten Weg, kein Gegeneinander. Gerade bei der Schulsanierung hat sich gezeigt, dass die
3957 Bezirke an Grenzen kommen. Darum wollen wir Bezirkskooperationen ausbauen und Prozesse
3958 effizienter gestalten, um Kosten zu senken.

3959 Über die Logik der KLR, in der über sogenannte „Produkte“ Einzelleistungen abgerechnet
3960 werden, können zum Beispiel Kosten für kulturelle Angebote kaum abgebildet werden. Manche
3961 Angebote zeichnen sich durch viele Besucher*innen aus, andere durch eine lange Verweildauer.
3962 Das lässt sich nicht in Preis-Mengen-Kategorien fassen. Darum wollen wir Kultur- und
3963 Weiterbildung in einem Pilotprojekt ganz aus der KLR herausnehmen und stattdessen die
3964 Zuweisungen in anderer Form berechnen – etwa in einer Mischung aus der Fortschreibung
3965 bestehender Projekte und tatsächlicher Neubedarfe.

3966 **Eigenständigkeit der Bezirke stärken**

3967 Die Eigenständigkeit der Bezirke wollen wir weiter stärken. In den letzten Jahren haben wir
3968 Sonderprogramme, die Bezirken vorschreiben, wie sie Geld zu verwenden haben, um ein Drittel

zurückgefahren und Mittel direkt in den Bezirksplanfonds gegeben. Künftig soll systematisch gelten: Sonderprogramme dürfen nur noch als besondere Innovationsprogramme und nicht mehr zur Finanzierung von Regelaufgaben eingesetzt werden.

All diese Veränderungen müssen sich in der Gesamtsumme der bezirklichen Mittel widerspiegeln. Darum wollen wir die Bezirke künftig frühzeitig an der Erarbeitung des Bezirksplanfonds beteiligen. Unrealistische Einnahmenvorgaben wollen wir absenken und konkrete Bedarfe in den Mittelpunkt stellen – inklusive hoher Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards.

Mehr Demokratie in den Bezirken

Die Bezirke sind Orte lokaler Demokratie und aktiver Beteiligung. Dieses Versprechen wollen wir stärker mit Leben füllen und Strukturen neu ordnen. Bislang werden Bezirksämter nach Proporz besetzt – die Parteien stellen Stadträt*innen entsprechend ihrem Wahlergebnis, anders als auf Bundes- und Landesebene, wo eine politische Mehrheit die Regierung bestimmt. Dieses Prinzip wollen wir auch im Bezirk als „politisches Bezirksamt“ einführen. Nur so wird für die Bürger*innen nachvollziehbar, welche Parteien für welche Politik in der Verantwortung stehen.

Mehr Demokratie bedeutet auch, das bezirkliche Parlament, die Bezirksverordnetenversammlung (BVV), zu stärken. Derzeit verfügen die BVVen nur in einigen Bereichen über Beschlussrechte und können überall sonst lediglich Verwaltungshandeln anregen. Das soll sich ändern, wir wollen mehr BVV-Beschlüsse mit Rechtswirkung ausstatten. Außerdem sollen Bezirksverordnete die Möglichkeit erhalten, auf unabhängige Expertise zurückzugreifen, vergleichbar mit dem wissenschaftlichen Dienst des Abgeordnetenhauses.

Auch die direkte Beteiligung von Bürger*innen wollen wir stärken. Wir wollen Bürger*innenentscheide in den Bezirken. Die Idee der Bürger*innen-Haushalte wird bislang ganz unterschiedlich umgesetzt. Wir wollen die verschiedenen Ansätze evaluieren und die besten in allen Bezirken etablieren.

Politik vor Ort wird von Menschen gemacht. Wir haben die Stellen in den Bezirksverwaltungen stark aufgebaut, dies wollen wir fortsetzen. Systematisch gilt künftig: Werden neue Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen, müssen dem auch die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen folgen. Diversität ist für uns bei der Personalgewinnung ein zentrales Kriterium. Ziel ist, die Bevölkerung in all ihrer Vielfalt abzubilden.

Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1. Privatisierung stoppen – Berlins Vermögen ausbauen

Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines Bodensicherungsgesetzes und eine Änderung der Berliner Verfassung. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in seinem Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und in außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses. Wir wollen, dass Berlins Vermögen nicht nur stabil bleibt, sondern weiterwächst. Deshalb werden wir kritische Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Zur langfristigen Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes streben wir an, dass in 30 Jahren 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, und vergeben öffentliche Grundstücke nur noch als Erbbaurechte.

2. Berliner Klima-Budget – ein Klima-Check für die Haushalte in Land und Bezirken

Klimaschutz wird zur Querschnittsaufgabe in der Berliner Verwaltung. Jeder Sektor – Verkehr, Gebäude, Gewerbe, Abfallwirtschaft etc. – weist ein eigenes jährliches Klima-Budget aus. Maßgeblich sind die Pariser Klimaziele sowie der daraus abgeleitete CO₂-Einsparpfad für

4015 Berlin. Wird der nicht eingehalten, müssen die zuständigen Verwaltungen zugunsten
4016 zusätzlicher Treibhausgas-Reduktionen nachsteuern: durch eine andere Prioritätensetzung im
4017 Haushalt oder ordnungsrechtliche Maßnahmen. Dadurch wird Klimaschutz in Berlin
4018 transparenter, kann effektiver kontrolliert werden und fließt stärker in die politische
4019 Entscheidungsfindung ein.

4020 **3. Gemeinsame Ziele, klare Verantwortlichkeiten – Bezirke und Land stärken**

4021 Viele Aufgaben sind derzeit sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene verankert. Dies
4022 führt nicht selten zu Doppelstrukturen und unklaren Zuständigkeiten. Für uns gilt der
4023 Leitsatz: Aufgaben gehören auf die Ebene, die dafür am besten geeignet ist. Dabei sollen
4024 Arbeitsbereiche, von der Planung bis zur Umsetzung, so weit wie möglich von einer einzelnen
4025 Verwaltung verantwortet werden. Entscheidend dabei ist, dass der jeweiligen Zuständigkeit
4026 auch das notwendige Geld folgt. Zugleich wollen wir Berlin durch ein besseres Zusammenspiel
4027 der Ebenen voranbringen, indem wir für alle relevanten öffentlichen Aufgaben und
4028 Bürger*innendienstleistungen Zielvereinbarungen abschließen. Damit beschleunigen wir auch
4029 die Modernisierung der Stadt, beispielsweise indem der Bau von Radinfrastrukturen bei
4030 Hauptstraßen und dem Rad-Vorrangnetz zukünftig komplett auf Landesebene, bei Nebenstraßen
4031 komplett auf Bezirksebene angesiedelt ist.

4032 **4. Alle Leistungen der Verwaltung digital und aus einer Hand**

4033 Wir wollen aus dem Berliner Service- und Dienstleistungsportal ein attraktives digitales
4034 Bürger*innenamt machen. Alle Verwaltungsdienstleistungen sollen dort online, medienbruchfrei
4035 und auch mobil zugänglich sein. Dazu wollen wir die bundesgesetzlichen Voraussetzungen
4036 schaffen und die internen Verwaltungsabläufe vollständig digitalisieren. Unser Ziel ist, das
4037 Hin und Her zwischen verschiedenen Ämtern, Internetseiten und Online-Formularen zu beenden.
4038 Wir Grüne tragen zugleich Sorge dafür, dass alle Behörden ihre IT-Infrastruktur mit den
4039 gebotenen Sicherheitsanforderungen betreiben und ihre Mitarbeiter*innen umfassend geschult
4040 werden.

4041 **5. Bezirke: Nicht der billigste Preis, sondern die beste Leistung gewinnt!**

4042 Das Prinzip der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), auf der die Finanzierung der Bezirke
4043 basiert, gerät bei knappen Budgets schnell zu einem ruinösen Wettbewerb um den billigsten
4044 Preis. Das führt zu weniger Qualität und unterschiedlichen Standards in den zwölf Berliner
4045 Bezirken. Wir wollen Kooperation statt Konfrontation und einen Wettbewerb um die beste
4046 Leistung, nicht die billigste. Darum werden wir bei der KLR die Kostendaten mit
4047 verbindlichen Qualitätsstandards definieren.